

Vorlage

Drucksachen-Nr.:	FV/013/2020/BÜRGER
Einreicher:	Fraktion DIE GRÜNEN, FDP, Neues Forum - Bürgerliste
Verantwortlich für die Umsetzung:	Der Oberbürgermeister

Beratungsfolge	Termin	Abstimmungsergebnis	Bestätigung
Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tou- rismus	10.11.2020	Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1	
Stadtrat	16.12.2020		
Stadtrat	10.03.2021	Ja 38 Nein 00 Enthaltung 00	

Titel:

Ablehnung der Errichtung einer Deponie in der Gemarkung Jüdenberg

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau lehnt die Errichtung einer Deponie in der Gemarkung Jüdenberg ab.

Der Landkreis Wittenberg als verfahrensführende Behörde erhält diesen Positionsbeschluss des Stadtrates.

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher

Guido Fackiner
Vorsitzender der Fraktion Die Grünen,
FDP, Neues Forum - Bürgerliste

beschlossen im Stadtrat am 10.03.2021

Frank Rumpf
Stadtratsvorsitzender

Anlage 1:

Die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau grenzt an den Landkreis Wittenberg an. Ferropolis und die angrenzenden Flächen am und um den Gremminer See sind für die BürgerInnen unserer Stadt ein wertvolles Naherholungsgebiet. Der Festivalbetrieb in Ferropolis stellt auch für Dessau-Roßlau einen touristischen Gewinn durch Tagesgäste dar. Des Weiteren lässt sich das Gebiet um die geplante Deponie landschaftlich, insbesondere die Tier- und Pflanzenwelt, nicht von der Oranienbaumer Heide im Dessau-Roßlauer Gebiet trennen.

Daraus resultiert für die Stadt Dessau-Roßlau ein ausreichendes Interesse, sich zu einem beabsichtigten Neubau einer Deponie in der angrenzenden Gemeinde zu positionieren.

Zum einen sieht die Stadt aufgrund der zu erwartenden hohe Belastung durch LKW-Transporte eine Überlastung der bestehenden Infrastruktur sowie damit einhergehender deutlichen Behinderung des touristischen Verkehrs in der Region um den Gremminer See. Es ist sehr zu befürchten, dass die Attraktivität des Standortes für Urlauber enorm sinkt. Nach einer jahrzehntelangen Belastung unserer gesamten Region durch Rohstoffabbau und Umweltverschmutzung ist es unser aller erklärtes Ziel, den Tourismus sowie auch den Naturschutz weiter zu etablieren und zu stärken.

Zum anderen befindet sich in der Nähe des geplanten Deponie-Standortes ein Wasserschutzgebiet, das zum Teil in der Oranienbaumer Heide liegt und damit im Naturschutzgebiet sowie direkt an das Biosphärenreservat grenzt. Dessau-Roßlau hat ein primäres Interesse daran, diese Schutzgebiete vor einer möglichen Verunreinigung des Grundwassers oder andere Schadstoffe, beispielsweise durch Feinstaubbelastung durch die Deponie zu bewahren. Die Langzeitfolgen einer Schadstoffdeponie der Klasse 1 sind für die Stadt Dessau-Roßlau nicht kalkulierbar, besonders im Falle eines Rückbaus nach der genehmigten Laufzeit.

Eine Deponie widerspräche damit auch den in der Regionalplanung festgeschriebenen Entwicklungszielen. So sind im Regionalplan der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, die das geplante Deponiegelände umgebenden Flächen als Vorranggebiete für die (Trink-)Wassergewinnung, für Natur und Landschaft sowie Tourismus und Erholung ausgewiesen und würden teilweise vom geplanten Deponiegelände überschritten und beeinträchtigt.

Die Stadt Dessau-Roßlau sieht daher umfangreiches Problempotential für BürgerInnen, Umwelt, Tourismus und Finanzen durch einen Deponieneubau am Standort Jüdenberg. Aus diesem Grund lehnt sie das Vorhaben vollumfänglich ab. Die Stadt Dessau-Roßlau wird sich mit dieser Ablehnung gegenüber dem Landkreis Wittenberg positionieren.